

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d



## Inhalt

Johannes Rau, Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, fordert konkrete Ergebnisse vom Bonner Gipfel: Arbeitslosigkeit bekämpfen, den Frieden sichern.  
Seite 1

Karl Liedtke MdB kommentiert die Pläne Schwarzschildings, die Verkabelung oberirdisch durchzuführen: Der Bundespostminister kommt aus Schilda.  
Seite 3

Dokumentation:  
Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt äußerte sich in New York in einem Vortrag zu Bündnis- und sicherheitspolitischen Fragen und formulierte dabei europäische Erwartungen an die USA. Wir veröffentlichen Auszüge seines Referates.  
Seite 5

40. Jahrgang / 79

25. April 1985

Arbeitslosigkeit bekämpfen - Frieden sichern

Der Bonner Gipfel muß praktische Ergebnisse hervorbringen

Von Johannes Rau

Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen

Alle westlichen Industriegesellschaften durchlaufen derzeit eine strukturelle Krise. Darüber können auch unterschiedliche Konjunkturen und einzelne ermutigende Anzeichen nicht hinwegtäuschen. Die zentralen Herausforderungen an alle Verantwortlichen, an die Politiker, die Arbeitgeber und die Gewerkschafter, sind die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und die gleichzeitige Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen. Die Menschen in den westlichen Industrieländern und in der ganzen Welt blicken mit hohen Erwartungen auf den Gipfel Anfang Mai in Bonn. Die Arbeitnehmer und ihre Familien verlangen von diesem Gipfel konkrete Maßnahmen gegen die Massenarbeitslosigkeit in der ganzen Welt und für den Schutz der Umwelt. Die dort versammelten Staatsmänner würden ihren moralischen und politischen Verpflichtungen nicht gerecht, wenn in Bonn nur allgemeine Absichtserklärungen und Terminvereinbarungen herauskämen.

1. Wir fordern einen Solidarpakt aller großen Industrieländer für Arbeit und Umwelt. Hier geht es um mehr als nur um legitime materielle Forderungen der Arbeitnehmer. An der Frage der entschiedenen Bekämpfung von Arbeitslosigkeit entscheidet sich die Qualität unserer Gesellschaft. Nur durch aktives staatliches Handeln, insbesondere durch zusätzliche öffentliche Investitionen, werden unsere Staaten ihren sozialstaatlichen Verpflichtungen gerecht.
2. Wir fordern eine gerechtere Verteilung der Arbeit und nachhaltige Humanisierung der Arbeitsbedingungen. Allein in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft ist für über 13 Millionen Menschen die Arbeitszeit gegen deren Willen auf Null gesetzt. Das ist ein unerträglicher Skandal. In allen Industriegesellschaften fordern des-

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Hausallee 2-10/217  
5300 Bonn 1

Printed in Germany  
100% recycled paper  
Recycling-Paper



halb die Arbeitnehmer weitere Arbeitszeitverkürzungen in allen Formen und unter Berücksichtigung der jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Die Krise verpflichtet zum Handeln, sie darf nicht zum Lohnabbau, zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen oder zum Abbau von Mitbestimmungsrechten mißbraucht werden.

3. Wir fordern entschlossene Schritte gegen drohenden neuen Protektionismus und für mehr Stabilität in den Beziehungen der Währungen zueinander. Neben die alten Formen des Protektionismus tritt immer mehr die Gefahr technologischer Bevormundung einzelner Staaten durch andere. Um diesen Gefahren entgegenzuwirken, genügt es nicht, sich auf dem Bonner Gipfel lediglich auf Termine für eine neue GATT-Runde zu einigen - dies käme einer zu bequemen Vertagung der Probleme auf eine ferne Zukunft gleich.
4. Wir fordern ein Zukunftsprogramm für die Dritte Welt, um den von der internationalen Schuldenkrise besonders betroffenen Ländern gezielt zur eigenen Entwicklung zu helfen. Es liegt zugleich im wohlverstandenen Eigeninteresse der Industrieländer, gemeinsame Anstrengungen gegen die drohende Zahlungsunfähigkeit der Schuldnerländer konkret zu vereinbaren. Ohne eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung wird allerdings keine dauerhafte Lösung dieser Probleme zu erreichen sein.
5. Wir fordern vom Bonner Gipfel konkrete und verbindliche Maßnahmen zur Wiedergewinnung der Ressource Umwelt. Arbeitnehmer haben früher als andere erkannt, welchen zentralen Stellenwert Umweltschutzmaßnahmen und Umweltinvestitionen auch zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit haben. Verstärkte internationale Kooperation ist gerade hier dringend geboten, denn Umweltprobleme machen nicht halt an Landesgrenzen.

Die Bundesrepublik hat als zweitgrößte Handelsnation, als reiche und sehr leistungsfähige Industriegesellschaft eine besondere Verantwortung und Verpflichtung dafür, daß der Bonner Gipfel praktische Fortschritte für diese Politik bringt. Ich dränge deshalb den Bundeskanzler, sich dieser Pflicht zu stellen und für konkrete Vereinbarungen zu kämpfen.

Bei allen drängenden Fragen von Arbeit und Umwelt muß die Sicherung des Friedens Vorrang haben. Ohne Frieden ist alles andere nichts. Die wahnsinnige Hochrüstung in Ost und West und leider auch in Teilen der Dritten Welt ist eine entscheidende Ursache für unsere Probleme: Statt immer neue Waffen auf der Erde und im Weltraum mit Milliarden Aufwand zu schaffen, brauchen wir diese Mittel hier für mehr Arbeit, gesündere Umwelt und bessere Entwicklungschancen. Deshalb muß der Bonner Gipfel auch ein praktischer Beitrag zur Verständigung und zur konkreten Abrüstung in allen Teilen der Welt sein. 40 Jahre nach dem Ende des schrecklichen Krieges muß gerade von deutschem Boden ein Signal des Friedens ausgehen. (-/25.4.1985/vb-he/rs)

+

+

+



Der Bundespostminister kommt aus Schilda

Zu den Plänen Schwarz-Schillings, die Verkabelung oberirdisch durchzuführen

Von Karl Liedtke MdB

Der Spielraum des Bundespostministers in der Breitbandverkabelung wird immer enger. Die bisherigen Zweifel an der Wirtschaftlichkeit seiner Verkabelungsstrategie in der breiten Öffentlichkeit haben ihn bisher nicht zu einer Kurskorrektur veranlassen können. Die Kritik wird aber immer lauter. Die jüngsten Veröffentlichungen, mit welchen Zwangsmethoden - bis zur Einflußnahme in ein laufendes Gerichtsverfahren - der Minister versucht, die Bürger zu "beglücken", sind noch in guter Erinnerung. Jetzt hat er ein neues Kapitel aufgeschlagen; Stichwort "Verbilligung der Bauweisen bei Breitbandverteilnetzen". Mit folgenden Maßnahmen soll dabei unter anderem eine Kostensenkung erreicht werden:

- Verwendung von Holzmasten anstelle von Stahl- oder Betonmasten,
- oberirdische Kabelverlegung anstelle der Verlegung unter der Erde,
- oberirdische Verlegung der Kabel von Haus zu Haus (Originalton Bundespostminister: "Girlandentechnik"),
- Anbringung der Übergabepunkte an der Außenseite des Hauses,
- Kürzeste Kabelführung zum Gebäude (Originalton Bundespostminister: "Auch ohne Rücksicht auf die Wünsche des Hauseigentümers"),
- Verlegung der Kabel von Haus zu Haus durch Gärten anstelle des öffentlichen Weges,
- Geringere Verlegetiefe der Kabel.



Treffender als durch diese Anordnungen läßt sich die wirtschaftliche Situation bei der Breitbandverkabelung des Ministers nicht beschreiben. Zunächst einmal ist mit den vorgesehenen Maßnahmen nur eine kurzfristige Kostensenkung zu erwarten. Langfristig wird die billigere und objektiv schlechtere Bauweise zu einer Systemanfälligkeit führen, die erhebliche Nachbesserungen erfordern wird. Für einen Augenblicksvorteil werden also erhebliche Ungewißheiten in Kauf genommen. Entscheidend ist aber, daß die Maßnahmen eindeutig zu Lasten der Bürger und unserer Umwelt gehen. Für jeden sichtbar und anfaßbar wird künftig ein Teil der Wende. Wer zum Beispiel die Folgen der oberirdischen Verkabelung in den USA gesehen hat, weiß, was auf uns zukommt, bei völlig anderen und verschärften äußeren Bedingungen in der Bundesrepublik Deutschland. Es wäre sicher interessant zu wissen, wie zum Beispiel der Innenminister, zuständig für den Umweltschutz, die Planungen wertet.

Die Doppelzüngigkeit des Postministers wird vollends deutlich, wenn man sich Berichte aus jüngster Zeit in Erinnerung ruft. Gemeinden klagen über eine "massive" Einflußnahme der Bundespost zum Erlaß sogenannter Antennenverbote, wobei seitens des Unternehmens immer wieder auf die Aspekte einer "Stadtverschönerung" hingewiesen wird. Widersprüchlicher kann man sich nicht verhalten!

{-/25.4.1985/rs/ks}

+ + +



D O K U M E N T A T I O NWilly Brandt: Europäische Wünsche an die amerikanische Politik

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt nahm in einem Vortrag vor dem Council on Foreign Relations am 24. April in New York zu den Beziehungen zwischen den USA und den europäischen Verbündeten sowie zu aktuellen Fragen der Sicherheitspolitik Stellung. Wir dokumentieren den Vortrag im Auszug.

"Wenn Sie genau hinsehen, werden Sie feststellen, daß die Grundzüge der Außenpolitik in westeuropäischen Ländern sich trotz mancher Regierungswechsel wenig ändern. Ganz anders in den USA. Nun kann es nicht meine Sache sein, unerbetene Ratschläge zum Funktionieren des amerikanischen Regierungssystems zu erteilen. Aber sicher wäre es ein großer Vorteil, wenn die Vereinigten Staaten mit ihren tragenden politischen Kräften in der Lage wären, eine langfristige Außen- und Sicherheitspolitik, mindestens in den strategischen Grundfragen des Ost-West-Verhältnisses, zu erarbeiten und von den allfälligen Wechsellern im Weißen Haus in gewisser Hinsicht unabhängig zu machen.

Der Wunsch und das Bedürfnis ergeben sich nicht nur mit dem Blick auf die besondere Art von Kontinuität der Sowjetunion, die kein Beispiel für uns ist, sie ergeben sich aus sachlichen Notwendigkeiten: Ich glaube, daß es notwendig ist, mit Illusionen aufzuräumen. Als ob sich die Sowjetunion 'kaputttrüsten' lasse. Als ob die zurückliegenden Rüstungsrunden mehr Sicherheit gebracht hätten. Als ob sich aus dem Ausmaß der weitweiten Rüstungsausgaben nicht schwere Belastungen für den ökonomischen Zustand der Welt ergäben.

Die SALT-II-Verhandlungen haben im übrigen sieben Jahre gedauert, die jetzigen Genfer Verhandlungen werden nicht weniger Zeit erfordern - es sei denn, sie erreichen rasch den toten Punkt. Die Entwicklung neuer Waffensysteme dauert auch Jahre. Wenn jede neue Administration auf diesen Gebieten eine neue Politik macht, ist nicht einmal theoretisch abzusehen, wie die Rüstung kontrolliert, gestoppt oder gar reduziert werden kann: Seit acht Jahren kein Abkommen auf diesem Gebiet, seit fünf Jahren kein Gipfel. In der Legislaturperiode dieser Administration keine Entscheidung über SDI, also wohl auch kein Durchbruch in Genf.

Das Resultat: Ein Verhalten, das viel Kraft und Mittel erfordert, dem aber die Perspektive fehlt. Immer neuere Waffen, immer höhere Kosten, während Millionen Menschen hilflos an Hunger sterben. Vernunft und Moral, alt und jung, Erfahrung und Idealismus werden herausgefordert, gegen diesen Zustand zu rebellieren. Es wäre beunruhigend, wenn es sich anders verhielte.

Was ich mir als Europäer als Grundelemente langfristiger amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik wünschen würde, ist einfach, vielleicht zu einfach, zu formulieren:

1. Die Anerkennung, daß für eine nicht überschaubare Zeit die USA und die Sowjetunion nur nebeneinander, ohne Überlegenheit, sicher existieren, insofern nur gemeinsam Sicherheit erreichen können und in dieser Perspektive kooperieren.
2. Dieser Grundkonsens, der den Dritten Weltkrieg ausschließt, öffnet die Auseinandersetzung in allen anderen Fragen, in denen es zwischen unseren Vorstellungen der Demokratie und dem kommunistischen Weg der Einpartei-Herrschaft tiefgreifende Unter-



schiede gibt, die geschichtlich ausgetragen werden müssen. Es ist für mich unverständlich, warum die Konkurrenz ausgerechnet dort gesucht wird, wo sie am gefährlichsten ist: auf dem Gebiet der Waffen, während wir die Sowjetunion auf den Gebieten der Wirtschaft, der Gesellschaft, unserer Vorstellung von den Werten des einzelnen Menschen nicht angemessen herausfordern.

3. Wenn man die Europäer langfristig als Partner behalten will, muß man entsprechend mit ihnen umgehen. Es ist beunruhigend, wenn auch im 36. Jahr der Atlantischen Allianz Notwendigkeiten der Konsultation vernachlässigt werden. Und wenn außerdem der Osten ohne Not zusammengeschweißt wird.
4. Es kann nicht vernünftig sein, die Probleme der Dritten Welt durch den Export von Ost-West-Konflikten zusätzlich zu belasten. Die US-Politik gegenüber Süd- und Mittelamerika wirkt auf viele von uns, in Europa und anderswo, nicht überzeugend.
5. Die auch wirtschaftlich stärkste Macht der Welt darf sich nicht wundern, wenn gefragt wird, ob ihr Verhalten der weltpolitischen Verantwortung gerecht wird.

Schließlich noch ein Wort zu SDI. Hier teile ich die Bedenken, die von kompetenteren amerikanischen Politikern und Wissenschaftlern schon vorgebracht wurden. Zusätzlich möchte ich zwei Hinweise geben:

1. Meine Partei hat in ihren Überlegungen über eine alternative Strategie das Ziel formuliert, die Doktrin der Abschreckung zu überwinden und durch gemeinsame Sicherheit, also strukturelle Defensivfähigkeit beider Seiten, zu ersetzen. Sie ist dafür hart kritisiert und verdächtigt worden. Sie können sich vorstellen, wie interessant die März-Rede Präsident Reagans vor zwei Jahren gewesen ist, in der er eben dies als Ziel proklamiert hat. Inzwischen hört man es schon wieder ein bißchen anders, aber immerhin.

Meine Frage ist: Muß man in den Weltraum gehen, um die Abschreckung zu überwinden? Kann man die garantierte Defensivfähigkeit beider Seiten nicht auf der Erde erreichen? Wäre das nicht vernünftiger, außerdem billiger als ein Programm, dessen Gelingen niemand vorhersagen kann? Warum ein fragwürdiger Umweg, statt sich auf dem geraden Weg für mehr Sicherheit zu sorgen?

2. Natürlich hat Amerika das Recht, für sich nach größerer Sicherheit gegenüber der Sowjetunion zu suchen. Freilich: Wenn das gelingen würde, dann gäbe es im Bündnis zwei Zonen unterschiedlicher Sicherheit. Vielleicht mag man irgendwann Interkontinental-Raketen abfangen können. Aber was gegen Raketen tun, die hundert Sekunden bis zum Einschlag brauchen? Das aber ist unsere potentielle Bedrohung in Europa. Ich bin nicht sicher, ob das Bündnis zwei Zonen prinzipiell unterschiedlicher Sicherheit verträgt.

Ich plädiere nicht dafür, daß den Europäern in diesem Unternehmen eine etwas bessere Statistenrolle eingeräumt wird. Bei mir überwiegen die Bedenken. Ich halte es für in hohem Maße geboten, daß die Europäer für die friedliche Nutzung des Welt-raums eine eigene Initiative ergreifen."  
(-/25.4.1985/rs/ks)

+ + +

